

USA

DR. NORBERT WAGNER
ROMAN SEHLING

17. Februar 2009

www.kasusa.org
www.kas.de

Iran: Bigger Carrots, Bigger Sticks

DIE AKTUELLE DEBATTE ÜBER DIE ZUKÜNFTIGE IRAN-POLITIK DER USA

Auch wenn gegenwärtig das \$789 Milliarden Konjunkturpaket die U.S. Politik dominiert, so wird im Bereich der Außen – und Sicherheitspolitik kaum ein Thema so intensiv diskutiert, wie die zukünftige Iran-Politik der USA. Dabei sind die „doves“ hoffnungsvoll, dass Iran seine Politik ändern wird, sobald eine direkte Bedrohung des Regimes vom Tisch ist. Die „hawks“ hingegen hegen wenig Hoffnung auf eine Verminderung der Bedrohung durch das iranische Regime und setzen daher weiterhin auf Isolation, Sanktionen und langfristigen „regime change“. Zwar wird die Debatte über die Aufnahme direkter Verhandlungen mit dem Iran weitergehen. Doch deuten Äußerungen von Präsidenten Barack Obama sowie seiner Außenministerin Hillary Clinton an, dass Gespräche und die Verbesserung der Beziehungen mit Iran Priorität für die USA haben.¹ Damit scheint die Obama-Administration auch auf diesem Gebiet, konsequent mit der Politik ihrer Vorgängerin zu brechen. Die Europäer sollten sich dennoch auf Forderungen nach stärkeren Sanktionen einstellen, während die USA Russland wahrscheinlich bei der Raketenabwehr indirekt entgegenkommen wird.

Talk, don't bomb

Die Diskussion zur zukünftigen Iranpolitik der USA lässt sich mehr oder weniger mit zwei Gruppen – Doves/Tauben und Hawks/Falken - kategorisieren. Das Lager der Doves unter den Experten verweist einerseits auf die lange, komplizierte Geschichte der Beziehungen mit Iran und gesteht ein, dass es auf beiden Seiten berechnete Gründe für eine erbitterte Abneigung gebe. So erinnern *James Dobbins* vom International Security and Defense Policy Center der RAND Corporation, *Larry Korb* vom Center for American Progress und *Daniel Byman* vom Georgetown Center for Peace and Security Studies an die Verstrickungen der USA beim Sturz von Premierminister Mossadeqh, die Besetzung der U.S. Botschaft in Teheran, die U.S. Unterstützung des Iraks im Iran-Irakkrieg, Irans Streben nach Nuklearwaffen sowie dessen Unterstützung von Terrorgruppen im Libanon, Gazastreifen und auch im Irak. Dabei verweisen Korb und Dobbins auch auf Irans Kooperation im Kampf gegen Afghanistans Taliban sowie Irans Bereitschaft zu Verhandlungen im Jahr 2003, welche von der Bush-Regierung komplett ignoriert wurden.

Auch wenn sich aus Irans Verhalten eine direkte Bedrohung für die USA und ihre Alliierten ableiten lasse, so plädiert *Kenneth Pollack* vom Saban Center for Middle East Policy der Brookings Institution nachhaltig für die Aufnahme des Dialogs mit Iran. Wichtiger sei allerdings, dass die internationale Gemeinschaft dabei zu der Einsicht komme, dass die USA nicht nach einer „Ausrede“ suchten, um Gewalt anzuwenden. *Dobbins* sieht die Lage „praktischer“ und warnt davor, die Iraner bzw. ihre vermuteten Atomwaffenanlagen zu bombardieren. Die Geschehnisse im Irak wären schließlich ein schlechtes Beispiel für die Er-

¹ Mark Landler, „Clinton sees an opportunity for Iran to return to diplomacy,“ New York Times, January 28, 2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

17. Februar 2009

www.kasusa.org

www.kas.de

folgsaussichten von „coercive diplomacy“, gerade in Anbetracht der Tatsache, dass niemand wüsste, wo sich die vermuteten militärischen Nuklearanlagen der Iraner überhaupt befänden. Gerade um diese Sorgen beizulegen, müssten die USA den Dialog mit dem Regime suchen, so Pollack. Damit könnten allerdings die Europäer, Russland und China später auch überzeugt werden, den politischen Druck via Sanktionen gegebenenfalls zu erhöhen.

Taktik vs. Strategie

Bedeutende Unterschiede innerhalb der Gruppe der *Doves* (aber auch *Hawks*) gibt es allerdings bei der Gewichtung der diplomatischen Beziehungen. Eine Reihe von Experten wie *Kenneth Pollack* sprechen sich zwar für eine Wiederaufnahme des Dialogs miteinander aus. Er schränkt jedoch ein, dass er momentan solch ein „engagement“ nicht als langfristige Strategie, sondern nur als kurzfristige Taktik einsetzen würde. *James Dobbins* wiederum merkt an, dass es hilfreich wäre, Gespräche mit Iran nicht mit Taktik oder Strategie zu kategorisieren, sondern diese als ein Instrument zu betrachten. Man würde zwar nicht unbedingt zu einem Einverständnis mit Iran kommen, jedoch könnte man auf diesem Wege zumindest Informationen gewinnen. Er erinnert auch, dass die USA über 50 Jahre lang mit der Sowjetunion kommunizierten und letztendlich davon profitierten. Außerdem betont er, dass beide Seiten zu viele langjährige Probleme zu bewältigen hätten, um „einfach“ zu einem Einverständnis zu gelangen.

Daniel Gouré vom konservativen Lexington Institute und *Hillary Mann Leverett* von *Stratega* sind der Auffassung, dass die USA eine Annäherung zu Iran nicht nur auf dem taktischen bzw. selektiven Niveau suchen, sondern stattdessen dem Iran einen „*grand bargain*“ anbieten sollten. Gemeinsam mit anderen, den USA verbundenen Staaten der Golfregion, sollte es zur Ausarbeitung eines „security framework“ kommen, um Iran die kooperative Mitgestaltung der Regionalpolitik zu ermöglichen. Dieses Sicherheitsabkommen könnte z.B. Höchstgrenzen für den Aufenthalt ausländischer Truppen in der Region beinhalten sowie langfristig Vertragsmechanismen anvisieren, um eine Bedrohung durch Drittstaaten zu verhindern. Auch sollte die Golfregion eine nuklearwaffenfreie Zone werden, wobei Iran erlaubt sein sollte, unter internationaler Aufsicht Atomforschung zu betreiben, so Gouré. Leverett betont dabei die Bedeutung eines solchen umfassenden Verhandlungspakets mit Sicherheitsgarantien, um das notwendige Vertrauen bei den Gesprächspartnern in Iran zu schaffen. Gerade die frühere Politik der selektiven Zusammenarbeit gepaart mit öffentlichen Aufrufen der Isolierung Irans und Wirtschafts-Sanktionen wäre kontraproduktiv gewesen. Dabei gehen beide allerdings davon aus, dass die USA bereit sind, das iranische Regime tatsächlich zu akzeptieren bzw. ihre Politik des „regime change“ nicht aggressiv zu verfolgen.²

Iranische Reaktion

Dabei warnen allerdings die Vertreter einer Annäherung an Iran vor zu hohen Erwartungen. Laut *Kenneth Pollack* wäre die iranische Regierung insgesamt nicht unbedingt in der Lage, ernsthafte Zugeständnisse zu machen, doch sollte man zumindest dialogbereiten Teilen der Regierung kein Hindernis bereiten. Dabei betonte er, dass das Zielpublikum dieses Dialogs die internationale Gemeinschaft, die iranische Bevölkerung und (dann erst) die iranische Regierung sei. *James Dobbins* wiederum meint, dass die Dialogaufnahme mit Iran nicht nur zu Erkenntnissen führen, sondern auch Druck auf Regierungsmitglieder ausüben würde, die gerade nicht am Dialog interessiert wären. *Daniel Byman* warnt vor einem möglichen „politischen Durcheinander“ unter den Iranern angesichts besserer Beziehungen zu den USA –

² Flynt Leverett und Hillary Mann Leverett, „the Grand Bargain,“ *Washington Monthly*, August/September/October 2008, <http://www.washingtonmonthly.com/features/2008/0808.leverett.html>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

17. Februar 2009

www.kasusa.org

www.kas.de

hatte doch bisher die Feindschaft gegenüber den USA deren Fraktionen geeint. Laut Byman sollte man daher darauf gefasst sein, dass iranische Politiker sich von ihren Versprechen abwenden könnten und z. T. mit aggressiver Rhetorik auftrumpfen werden, was die Verhandlungen nicht erleichtern würde. Auch bestehe die Gefahr der Eskalation von existierenden Konflikten, da Iran sich auf diese Weise bessere Resultate von Verhandlungen erhoffen könnte.

Des Weiteren müsste angemerkt werden, dass sich die Interessen der alternden Regierungselite nicht unbedingt mit denen der jungen Bevölkerung deckten. Angesichts drastisch gefallener Rohölpreise, könne die iranische Wirtschaft nicht mehr im gleichen Maße subventioniert werden und stehe nunmehr vor dem Kollaps. Laut *Kori Schake*, Hoover Fellow und Distinguished Chair in International Security Studies an der West Point Universität, würden Verhandlungen mit Iran, den USA (und gemäßigten Kräften im Iran) die Möglichkeit bieten, die Uran-Anreicherung als Thema neu zu besetzen, die politischen und wirtschaftlichen Kosten dieser Politik zu verdeutlichen, und dann mit wirtschaftlichen Anreizen bei der Bevölkerung zu punkten.

Distrusting Hawks

Danielle Pletka vom American Enterprise Institute warnt allerdings, dass Barack Obamas Interesse an der Aufnahme von Beziehungen mit Iran seine Sorge um eine fehlende schlüssige Gesamtstrategie übertrumpfen könne. Gegen Gespräche an sich hätte auch Pletka nichts einzuwenden, jedoch seien diese nicht mit Verhandlungen gleichzusetzen. Was genau würde Obama den Iranern anbieten, was genau wäre er gewillt, für ein Kompromiss aufzugeben? Wie würden die Freunde der USA in der Region beschwichtigt bzw. rückversichert? Pletka erinnerte auch an die langandauernden Gespräche mit der EU-Troika, welche Iran nur genutzt habe, um Zeit zu gewinnen.

Auch zweifelt sie daran, dass die Iraner ihre Unterstützung von Terror-Organisationen im Ausland einstellen würden. Gerade was ihre Ansprüche auf eine regionale Vormachtstellung angehe, müssten die Iraner Abstriche machen. Dennoch ist sie skeptisch, was die Aussichten auf Iran als einem verantwortungsvollen Akteur im Nahen Osten angeht. Daher stellt sich für Pletka die Frage, wie lange Präsident Obama mit den Iranern verhandeln wolle, bevor er die Gespräche abbrechen würde. Gleichzeitig wäre der Zeitdruck immens, da Iran langsam aber sicher genug Spaltmaterial für eine Atombombe anreichern würde. Das wiederum würde die Region ernsthaft destabilisieren - Iran wäre daher nicht mit Nordkorea vergleichbar und wesentlich gefährlicher. Angesichts des jüngsten erfolgreichen Starts einer iranischen Rakete mit einem Satelliten an Bord, warnt *James Carafano* von der Heritage Foundation, dass Verhandlungen ohne glaubwürdige nukleare und nicht-nukleare Abschreckungsmittel sowie einer Raketenabwehr schlichtweg keinen Sinn hätten.

Dov Zakheim, ehemaliger Under Secretary of Defense, weist allerdings darauf hin, dass die USA und ihre Verbündeten wegen möglicher Gespräche nicht unbedingt die (wirtschaftlichen) Sanktionen lockern sollten. Gerade wenn die USA keine Vorbedingungen stellen würde, dürfte Iran auch keine vorbeugende Nachsicht erwarten. Diesbezüglich sollte die Zusammenarbeit mit der Schweiz ausgebaut werden, um die Finanzierung von Terror durch Iran zu unterbinden. Andererseits meint Zakheim aber auch, dass die USA sich eventuell flexibler bei der Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa verhalten sollten, um die Unterstützung Russlands zu gewinnen (aber ohne dabei die Sicherheit Amerikas zu kurz kommen zu lassen). *Jim Phillips* von der Heritage Foundation hingegen glaubt nicht nur, dass es Vorbedingungen zu den Verhandlungen geben sollte, sondern auch, dass die Sanktionen mit der EU und Japan vorab verschärft werden müssten, um den Iranern die wirtschaftlichen Kosten ihrer Nuklearpolitik klarzumachen.

USA

DR. NORBERT WAGNER
ROMAN SEHLING

17. Februar 2009

www.kasusa.org

www.kas.de

Bereits im Wahlkampf hatte Präsident Barack Obama geäußert, die Verhandlungen mit Iran direkt und ohne Vorbedingungen aufnehmen zu wollen. Nachdem er von fast allen Seiten dafür scharf kritisiert worden war, machte Obama schließlich auf der AIPAC Konferenz 2008 klar, dass auch er alles dafür tun werde, Israel zu schützen und ein „nuclearized“ Iran zu verhindern. Offen bleibt, was genau er den Iranern in Verhandlungen anbieten will bzw. wie weit er gehen wird, um Israel und die anderen Verbündeten der USA in der Golfregion zu schützen.

Der Wahlausgang in Israel und die bevorstehenden Wahlen in Iran stellen Präsident Obama vor eine weitreichende strategische Entscheidung, ja vor ein Dilemma: entweder jetzt mit Ahmadinedschad zu verhandeln und ihm damit vielleicht seine Wiederwahl zu befördern oder aber einen möglichen Wahlsieg Chatamis abzuwarten. Falls Chatami allerdings nicht gewinnen sollte, müsste Präsident Obama dann mit einem gestärkten Ahmadinedschad verhandeln.

Zudem befürchten einige Experten, dass Iran bereits Ende diesen Jahres über genug Spaltmaterial verfügen könnte, um einen Atomtest durchzuführen. Um dies zu verhindern (bzw. zu verlangsamen), könnten die Israelis eventuell im Alleingang gegen Iran vorgehen, meinte Roger Cohen letzte Woche in der *International Herald Tribune*.³ (Eine ähnliche Attacke gegen den irakischen Osirak-Reaktor im Jahr 1981 hatte allerdings das irakische Atomprogramm nur beschleunigt, erinnert *Paul Pillar* von der Georgetown University.) Andererseits wird befürchtet, dass ein „nuclearized“ Iran nicht ein verantwortungsvoller Atomstaat werden wird, sondern eher wie Pakistan seinen außenpolitischen Interessen größeren Nachdruck mit der stärkeren Unterstützung von Terror-Organisationen verleihen wird.

Angesichts dieser Aussichten, empfahl David Ignatius in der *Washington Post*, Präsident Obama solle die beiden ehemaligen Nationale Sicherheits-Berater Zbigniew Brzezinski und Brent Scowcroft zu Sonderbeauftragten ernennen, um sich diesem Konfliktherd zu widmen.⁴ Falls Präsident Obama allerdings nicht erfolgreich sein und Iran es nicht bei einem friedlichen Atomprogramm belassen sollte, bliebe immer noch die Eindämmungspolitik der Vergangenheit. Alle fünf noch lebenden Außenminister der USA sind zumindest der Auffassung, dass ein „nuclearized“ Iran genau wie Sowjetunion und China eingedämmt werden könnte. Auch in deren „frühen“ Jahren hatte es „haarsträubende“ Momente gegeben, die letztendlich ohne der atomaren Apokalypse überstanden wurden.

³ Roger Cohen, „The unthinkable option,“ *International Herald Tribune*, February 4, 2009.

⁴ David Ignatius, „An Obama A- Team for Iran,“ *Washington Post*, February 5, 2009.